



**I M R A T H A U S**

**Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund**

An die  
lokalen Medien

22.05.02

Haltung des Oberbürgermeisters zu Versäumnissen beim StadtSportBund

Presseerklärung

Nachdem bis jetzt nur die Rede davon war, dass es seitens des Sportamtes und des zuständigen Dezernenten „Aktivitäten“ gab, um Unzulänglichkeiten und Ungereimtheiten in der Zusammenarbeit mit dem Stadtsportbund und der Bad + Sport gGmbH zu bereinigen, ist nunmehr bekannt geworden, dass es sogar eine an den Verwaltungsvorstand gerichtete Vorlage zu den darauf bezogenen vertraglichen Vereinbarungen gab.

Diese wurde aus unerfindlichen Gründen vom Oberbürgermeister zurückgezogen, obwohl sie zum damaligen Zeitpunkt als Alarmsignal für die später bekannt werdenden Skandale hätte wahrgenommen werden müssen.

Die Vorlage an den Verwaltungsvorstand macht deutlich, dass der Stadtsportbund weder seinen Pflichten gegenüber den Mitgliedern noch gegenüber der Stadt gerecht wurde und die Geschäftsführung darüber hinaus in selbstherrlicher und arroganter Weise auf eine entsprechende Mahnung des zuständigen Dezernenten reagierte.

Insofern ist völlig unverständlich, dass die Vorlage an den Verwaltungsvorstand zurückgezogen und nicht beraten wurde. Ein mindestens ebenso großes Versäumnis sieht unsere Fraktion darin, dass auch der Rat bei der Beschlussfassung über die Vertragsverlängerung mit dem SSB vom Oberbürgermeister nicht über die offensichtlichen Schwierigkeiten in der Auseinandersetzung mit dem Stadtsportbund und der Bad und Sport gGmbH informiert wurde. Unklar ist darüber hinaus, warum der Oberbürgermeister zum damaligen Zeitpunkt nicht ein weiteres Mal die Rechnungsprüfer eingeschaltet hat, nachdem diese bereits zuvor das Finanzgebahren des SSB kritisch hinterfragt hatten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vertreten die Auffassung, dass es sich hier um grobe Versäumnisse des Oberbürgermeisters handelt, der frühzeitig auf die Dachdarstellung des zuständigen Dezernenten hätte eingehen müssen. Aus unserer Sicht wäre auch die einzig richtige Konsequenz gewesen, die Zuschüsse nur noch aufgabenbezogen zu gewähren, um endlich die notwendige Transparenz herzustellen. Stattdessen wurde ein Geschäftsführer geduldet, der eine Einmischung des Zuschussgebers offensichtlich für unzulässig hielt.

Wir werden auf eine Beantwortung aller offenen Fragen im Rat drängen. Auf der Grundlage der dort erfolgten Antworten werden wir inhaltliche und gegebenenfalls personelle Konsequenzen einfordern.